

Haushaltsrede 2006

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir leben in Deutschland einem Staat, der seit Jahren nicht in der Lage ist, seine Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Ich erinnere an die verfassungswidrigen Haushalte der Länder und des Bundes, an die Verletzung der Masstrich-Kriterien. Teil dieser Entwicklung sind im Wesentlichen alle staatlichen Gliederungen, Bund, Länder aber auch Kommunen. Auch die Stadt Lüdinghausen hat, wenn auch sicherlich in abgeschwächter Form, Anteil an dieser Entwicklung. Es ist uns trotz allen Bemühens um sparsames Haushalten nicht gelungen, das Hauptproblem des städtischen Haushalts in den Griff zu bekommen, nämlich das strukturelle Defizit entscheidend zu verringern. Das heißt, die Stadt lebt beim Konsum immer noch von Zuwendungen aus dem Vermögenshaushalt. Vermögen oder Vermögenserlöse werden für den laufenden Betrieb ausgegeben.

Dieses finanzielle Manko – damit dürfen wir uns trösten – wird durch die privaten gewerblichen und auch gesellschaftlichen Aktivitäten in unserer Stadt ausglich. Dies wurde beim Besuch des Haupt-Geschäftsführers Schulte Uebbing letzte Woche bei dem vom Bürgermeister jährlich veranstalteten Wirtschaftsgespräch deutlich, der mit dem Blick von Außen die wirtschaftliche Situation in Lüdinghausen beschrieben hat. Die neuen privaten Investitionen sind beeindruckend: Bruno Kleine, Stroetmann, Darley Park, Lidl und Aldi in Seppenrade zeigen, dass der Handel in die Zukunft unserer Stadt setzt. Er vertraut, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Lüdinghausen positiv ist und Kaufkraft in der Stadt verbleibt bzw. in sie hineinfließt. Ansonsten würden private Investoren nicht in diesem Umfang das Mittelzentrum im Handelsbereich stärken. Zu er erwähnen ist auch, dass das St. Marienhospital in diesen Wochen den Betrieb des Altenheims aufnimmt und damit 100 weitere Arbeitsplätze in Lüdinghausen entstehen. Im gesellschaftlichen Bereich sind die vielen Aktivitäten der Bürgerschaft zu nennen, die in den Vereinen, Nachbarschaftsgemeinschaften, etc. wie immer das Leben unserer Stadt interessant und vielfältig gestalten. Beispielhaft nenne ich hier die beiden Kulturvereine Kaktus und Freunde der Kleinkunst, aber auch die

Freunde der Burg, die die städtische Kulturarbeit ergänzen. Zu erwähnen sind aber auch die Bemühungen des Lüdinghausen Marketing, in dem die Kaufleute jetzt eine wichtige Neuerung auf den Weg bringen: Eine einheitliche Werbung für die Innenstadt in der Region. Gelingt dieses Vorhaben, wird der Zuzug von Kaufkraft, den der IHK Geschäftsführer bereits beim letzten Wirtschaftsgespräch mit Hochachtung zitierte, weiter zunehmen. Zu nennen sind aber auch die Anstrengungen des Vereins pro Stadthalle zu nennen. Hier hat der Geschäftsführer der IHK aber deutliche Worte gefunden, die die Linie des Rates bestätigt, dass entscheidende Realisierungsvoraussetzung für die Stadthallenentwicklung bleibt, dass die Stadt nicht als Auffangeinrichtung für mögliche Unterhaltungsdefizite zur Verfügung stehen kann. Dies ist sicherlich im Zusammenhang mit der Diskussion des diesjährigen Haushalts und der mittelfristigen Finanzplanung unstrittig.

Fasst man also zusammen, ist auf der einen Seite eine lebendige Entwicklung des Gewerbe-, aber auch des Wohnstandortes Lüdinghausen und auf der anderen Seite eine katastrophale Finanzentwicklung, die seit Jahren angelegt ist, festzustellen.

Die CDU-Fraktion hat im letzten Jahr durch den HFA beschließen lassen, dass der Bürgermeister beauftragt wurde, zur Verbesserung der städtischen Finanzen ein Programm zu erarbeiten. Bei dieser Überprüfung sollen keine Aufgabenbereiche ausgenommen werden. Insbesondere sollte untersucht werden, ob in folgenden Sektoren Einsparungen oder Einnahmeverbesserungen erzielt werden können:

- ✓ Schülerbeförderung
- ✓ Bewirtschaftung von Sportstätten
- ✓ Einsparungen bei der Musikschule
- ✓ Einnahmen bei den Parkgebühren
- ✓ Öffentlicher Nahverkehr
- ✓ Verkauf von Grünfläche an Private
- ✓ Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer.

Ich habe in diesem Zusammenhang in der Haushaltsrede 2005 gesagt, dass die Einsparungen, die möglicherweise aufgrund eines solchen Konzeptes erreicht werden können, nicht alle Probleme lösen werden. Wie wahr! Der Bürgermeister hat entsprechend dieser Vorgabe sich an die Arbeit gemacht. Eine Reihe von Einsparvorschlägen sind umgesetzt, einige werden vorbe-

reitet. Trotz dieser Anstrengungen ist das Ergebnis des Jahres 2005 niederschmetternd. Das Jahresergebnis 2005 hat uns ein Defizit von 3. Mio € gebracht. Bei dieser Ausgangslage für die Haushaltsberatungen sind Vertröstungen und das Setzen auf Hoffnungen wohl nicht mehr angebracht. Vielmehr ist es meine Überzeugung, dass der Rat die Pflicht hat, alle Ausgaben zu unterlassen, die nicht unbedingt erforderlich sind und alle Einnahmen zu realisieren, die möglich sind. Dass diese Haushaltspolitik nicht geeignet ist, Zuspruch aus der Bürgerschaft zu erhalten, ist allen Beteiligten sicher klar und haben wir gemeinsam auch schon erleben dürfen. Ich habe allerdings bei den Haushaltsberatungen in unserer Fraktion das Bild vom Schiff auf hoher See gebraucht. Gerade wenn der Sturm am heftigsten tobt, ist der Kapitän, der das Schiff auf Kurs hält, besonders gefragt. Der Kapitän im Finanzsturm ist der Bürgermeister und sein Steuermann ist der Kämmerer. Der Rat, der den Haushalt beschließt, dürfte man in diesem Bild als Eignergemeinschaft des Schiffes ansehen. Keine Frage: der Kurs des städtischen Haushaltes, den die Eigner bestimmen, kann nur finanzielle Konsolidierung heißen. Dies gilt nicht nur in diesem Jahr, sondern auch mittelfristig. Alle Beteiligten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, wenn das Schiff

den Hafen erreichen soll. Insoweit kommt es jedoch auf den Kapitän und den Steuermann an, also auf den Bürgermeister und den Steuermann. Sie erarbeiten den Haushalt und vollziehen ihn. Die Diskussionen und Maßnahmen, die wir zurzeit führen müssen, sind auch aufgrund einer zu bürgerfreundlichen und großzügigen Handhabung mit städtischen Vermögen entstanden. Wir haben alle gerne Wünsche den Bürgerinnen und Bürger erfüllt, die Stadt besonders schön gestaltet. Dies alles ist jedoch aus heutiger Sicht nicht mehr zu halten. Die Standards sind zu senken. Der Kurs des Haushaltsschiffes kann jetzt und für die mittelfristige Planung nur Einsparungen lauten.

Entspricht der vorgelegte Haushalt diesen Erfordernissen? Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen. Wir sehen zurzeit keine anderen Handlungsmöglichkeiten. Jedoch werden sich alsbald weitere Fragestellungen im Hinblick auf eine finanzielle Konsolidierung ergeben, die zu beantworten sind. Denn die Risiken des Haushalts sind wie im letzten Jahr gleich hoch, eher höher anzusetzen.

Der Haushalt ist zum einen damit belastet, dass die Einsparmaßnahmen, die der Bürgermeister in Gang gesetzt hat, teilweise erfasst sind.

Die Risiken bestehen vor allem weiter darin, dass nicht abzusehen ist, ob die Gewerbesteuern, die vom Kämmerer mit 4.2 Mio. € angenommen sind, wirklich hereinkommen. Dies ist völlig unklar.

Ferner ist nicht sicher, dass in diesem Jahr die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken in Höhe von rd. 4.850 Mio. wirklich erzielt werden können. Nach dem Desaster des letzten Jahres und den durch den Wegfall der Eigenheimzulage für den Wohnungsbau verschlechterten Bedingungen ist Skepsis angesagt.

Das heißt, auch dieser Haushalt kann wie der letzte defizitär enden. Diese beunruhigende Aussicht wird dadurch verschärft, dass der nächste Haushalt 2007 bereits mit dem Defizit der 3. Mio. des letzten Jahres belastet ist. Das heißt, im Jahre 2007 hat die Stadt weiterhin mit ihrem strukturellen Defizit zu kämpfen und die Last des Jahres 2005 zu tragen. Aus heutiger Sicht erscheint diese Situation haushaltsrechtlich nicht mehr lösbar. Hierbei bleibt mittelfristig zu beachten, dass die Erlöse aus Grundstücksverkäufen nach den Planungen des Kämmerers rückläufig sind: sie gehen von 2.5 €

Mio in 2007 über 2.15 Mio € in 2008 auf 1.850 € in 2009. Das heißt, die Möglichkeit in Zukunft aus diesem Bereich den Verwaltungshaushalt abzufedern, wird geringer werden.

Die Gesamtlage der städtischen Finanzen ist damit mehr als schwierig, der Ausblick ist es auch.

Wie hat Bürgermeister und der Rat bisher reagiert?

Ich beginne mit den Einnahmeverbesserungen:

Der Rat hat die kommunalen Steuern bereits vor der Verabschiedung erhöht. Diese bittere Entscheidung war notwendig: Die maßvollen Anhebungen sind sozial verkraftbar, aber leider auch nicht zu vermeiden. In Parenthese sei jedoch bemerkt, dass unser finanzpolitischer Sprecher Christoph Schlütermann, aber auch die Fraktion der Grünen im letzten Jahr natürlich Recht gehabt haben, als sie damals bereits die Anhebung der Steuern gefordert haben.

Bewirtschaftung von Sportstätten: Beim Hallenbad hat der Beigeordnete Benutzungsgebühren vereinbart, die auch zu einer nennenswerten Mehreinnahme führen.

Es ist verdienstvoll, dass Dr. Scheipers das Einverständnis der beteiligten Vereine erreichen konnte.

Die Schwimmvereine können jedoch nicht die einzigen Zahler bleiben. Diese Einnahmeverbesserungen sind auch hinsichtlich der übrigen städtischen Sportstätten vorzunehmen. Dies muss angesichts der Haushaltslage klar sein.

Einnahmen bei den Parkgebühren: Die Veränderungen bei den Parkgebühren wird auch die Einnahmen erhöhen. Hier ist der Rat allerdings nicht dem Kurs des Bürgermeisters gefolgt und hat die Brötchentaste nur halbiert. Aus Sicht des Haushalts ist diese Entscheidung sicherlich halbherzig gewesen. Andererseits hat auch der IHK-Geschäftsführer auf die für die Innenstadt nicht unkritische Entwicklung der Ansiedlungen der großflächigen Märkte außerhalb der Innenstadt hingewiesen. Dieser Aspekt der psychologischen Unterstützung der Innenstadt hat zu der abgespeckten Einnahmeverbesserung geführt. Allerdings sollte die Verwaltung ernsthaft darüber nachdenken, die gebührenpflichtig verwalteten Flächen zu vergrößern. Auch so könnten die angesetzten Einnahmen erzielt werden. Der erhöhte Ansatz für die Parkgebühren muss erreicht werden.

Gewinn des Abwasserwerkes: Wir haben den Gewinn des Abwasserwerkes für 2005 dem Haushalt zugeführt. Es sollte kein Streit darüber bestehen, dass ein eventueller Gewinn in 2006 in gleicher Weise dem Haushalt zugeführt werden. Dieser ist im Übrigen noch nicht in den vorgelegten Zahlen enthalten.

Die Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer und Erweiterung der Vergnügungssteuer sind Versuche durch Verbreiterung der Steuertatbestände die Einnahmeseite zu verbessern.

Verkauf von Grünfläche an Private: Dieser Sachverhalt hat fiskalisch eine größere Bedeutung. Ich erinnere hier nur an die Bebauung des Grünstreifens an der Selmer Straße oder den Verkauf der Flächen Im Reed oder an der Ostenstever. Hier werden erhebliche Erlöse für den städtischen Haushalt aktiviert. Auch wenn die Betroffenen oder die Kritiker zurecht darauf verweisen, dass die Grünflächen der Stadt gut zu Gesicht stehen. Angesichts der wirtschaftlichen Werte, um die es hier geht, ist im Hinblick auf die Haushaltssituation ein Handeln unabdingbar.

Weitere Maßnahmen hat der Bürgermeister unter Rubrik: Verringerung der Ausgaben getroffen. Strukturell am Wichtigsten sind die beiden teuren Einrichtungen der Stadt: Das Hallenbad und Die Musikschule.

Ich beginne mit dem Hallenbad. Durch die Halbprivatisierung sind die Belastungen finanziell eingegrenzt. Der Betrieb hat stotternd, aber zunehmend besser angefangen. Ich hoffe, dass die gelungene Sanierung des Hallenbades, die gute Möglichkeiten geschaffen hat, durch ein effektives Management zum Erfolg kommt. Haushaltsrechtlich hat diese im Rat umstrittene Maßnahme auf Dauer zu einer deutlichen Einsparung geführt.

Auch die Bemühungen des Beigeordneten Einsparungen bei der Musikschule zu realisieren haben zu einer größeren Wirtschaftlichkeit des Unterrichts geführt, so dass auf Dauer die Belastung des Haushaltes durch die Musikschule begrenzt ist.

Schülerbeförderung: Auch hier sind durch eine Reihe von Maßnahmen, die die Schulen und die Betroffenen hingenommen haben, die Kosten bereits gesenkt.

Weitere Einsparmöglichkeiten können sich durch ver-

änderte Anfangszeiten erreicht werden. Die Verwaltung ist gehalten diese Pläne zu weiterzuverfolgen.

Öffentlicher Nahverkehr: Auch der Aufwand für den öffentlichen Nahverkehr steht in diesem Jahr auf dem Prüfstand. Es ist sensibel zu untersuchen, welche Leistungen im innerstädtischen Verkehr noch bezahlbar erscheint.

Straßenbeleuchtung: Standards absenken wird wirklich sichtbar, wenn die Straßenbeleuchtung abgesenkt wird. Wenn wir gehört haben, dass dies in anderen Städten schon länger gemacht wird, können wir unsere Bedenken zurückstellen. Es zeigt aber auch, dass wir offensichtlich bisher nicht sparsam genug waren.

Zu diesem Bereich ist auch der reduzierte personelle Aufwand zu rechnen. Der Ansatz der Personalkosten ist in diesem Jahr geringfügig gesenkt. Der Bürgermeister hat darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahren 8 Stellen abgebaut worden sind.

Zieht man einen Strich unter diese Bemühungen, Mehreinnahmen zu erzielen oder Ausgaben zu reduzieren, wird deutlich, dass die Verwaltung schon erhebli-

che Anstrengungen unternommen hat, deren Ergebnis aber leider immer noch nicht ausreicht. Trotzdem sollten wir an dieser Stelle Bürgermeister und seinen Mitarbeitern gerade für diese unerfreulichen in der Regel ja auf keine Gegenliebe stoßenden Bemühungen danken.

Es ist schon eine seltsame Haushaltssituation, wenn das Hauptaugenmerk auf Einsparungen und Mehreinnahmen gerichtet wird. Denn der Haushalt ermöglicht trotz seiner Enge einiges:

Ich darf hier beispielhaft aufzählen:

Der Betrieb unserer erfolgreichen Schulen wird sichergestellt. Der Kämmerer hat keine Kürzungen vorgeschlagen. Kleinere Sanierungsmaßnahmen können an allen Schulen durchgeführt werden.

Wir haben die mittelfristige Finanzierung der Toilettenanlage am Gymnasium Canisianum festgeschrieben.

An der Ostwall-Schule wird die Offene Ganztagschule eingerichtet.

Die Sanierung der Feuerwehren wird an beiden Standorten vorangetrieben.

Der Straßenausbau in Paterkamp und Kranichholz kann begonnen werden.

Die Unterhaltung der Wirtschaftswege wird mit der Mehreinnahme aus der Grundsteuer A um 20.000 € aufgestockt.

Wir sollten auch nicht die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses und des Bauhofs vergessen, die ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen.

In diesem Zusammenhang ist besonders die gelungene Implementierung der Aufgaben für die Bezieher von SGB II oder Hartz IV zu erwähnen. Wie der Rat vorhergesehen hat, ist nach der Einarbeitungsphase für die Betroffenen eine bürgernahe Betreuung im Rathaus geschaffen worden, die nicht hoch genug einzuschätzen ist. Im Sozialausschuss wurde Herrn Dr. Scheipers und Herrn Auffenberg zurecht bereits für ihre erfolgreiche Arbeit gedankt.

Beträge für den Erwerb von Grundvermögen in Höhe von 1.7 Mio. € stehen zur Verfügung, um die weitere Entwicklung der Stadt sicherzustellen.

Ferner ist das städtische Engagement im Bereich des Sozialen und im Sport zu nennen, wenn auch die Förderung wie eh und je auf niedrigem Niveau stattfindet. Auch die kulturellen Aktivitäten können wie im Vorjahr im Wesentlichen aufrechterhalten werden. Es fällt auf, dass das Kulturamt vermehrt mit Erfolg neue Akzente setzt. Damit beweist sich, dass auch mit geringen Mitteln die kulturelle Arbeit, wenn auch mit Mühe, aufrechterhalten werden kann.

Herausheben möchte ich weiter, dass die Stadt mit den Mitteln für die Wirtschaftsförderung beachtliche Anstrengungen unternimmt, um das gewerbliche Leben in Lüdinghausen zur Stärkung des Mittelzentrums zu unterstützen. Ich darf hier aufzählen:

- ✓ Unterstützung des Lüdinghausen Marketing
- ✓ Bereitstellung von Mitteln für Projekte des Stadtentwicklungskonzeptes
- ✓ Leistungen des Baubetriebshofes für das Lüdinghausen Marketing
- ✓ Wirtschaftsförderung durch den Bürgermeister

- ✓ Wirtschaftsgespräche des Bürgermeisters
- ✓ Angebot von attraktiven Gewerbeflächen

Diese Leistungen sind sicherlich herausragend und bedeuten einen Schwerpunkt der städtischen Leistungen, wenn man die Gesamtsituation des Haushaltes sieht. Die besonderen Anstrengungen der Stadt in diesem Bereich dürfen uns aber nicht den Blick dafür verstellen, dass die Gewerbesteuer gerade in der letzten Zeit die Achillessehne des Haushalts war. Man kann nur hoffen, dass hier mittelfristig eine größere Stetigkeit eintritt.

Wenn auch somit eine Reihe von Leistungen durch die Stadt erbracht werden können, so darf man nicht vergessen, dass vieles auch nicht gemacht werden kann. Sei es, dass insbesondere die Schulen nicht gebaut wie die Marienschule oder Anbauten vorgenommen werden können. Sei es dass Straßen und Wege nicht repariert werden können. Hier könnte vieles aufgezählt werden. Insbesondere schmerzt es, dass die Investitionen der Stadt, die die Wirtschaft dringend benötigt, nicht vorgenommen werden können, da die Zuführung zum Verwaltungshaushalt in Höhe von über 3.8 Mio € die Investitionen verhindert.

Fasst man zusammen, bestätigt das aufgezeigte Bild, dass Konsolidierung des Haushalts die erste und mittelfristig andauernde Aufgabe der Fiskalpolitik der Stadt ist. Zu dieser Aufgabe möchte ich für die Zukunft zum Schluss folgende Punkte herausstellen.

- Wenn die Haushaltssituation sich im Laufe dieses Jahres nicht bessert, werden wir zu überlegen haben, ob nicht eine Konsolidierungsberatung notwendig wird. Wir haben zum Teil mit gutem Erfolg externe Hilfe zur Lösung von Problemen angenommen, vielleicht ist dies auch für den wesentlichsten Aufgabenbereich, dem Haushalt, der Stadt erforderlich.

- Der Bürgermeister ist im Rahmen der vorausschauenden Bodenvorratspolitik gehalten, für die langfristige Wohnbauentwicklung alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Weiterentwicklung der Stadt sicherzustellen.

- Die Entscheidung über die Realisierung der Sportanlage *Seppenrade* darf weiterhin der Beratung. Der Bau der Sportanlage darf nicht dazu führen, dass mittelfristig, insbesondere der Haushalt für die Jahre 2007 und 2008 nicht mehr zu handhaben ist. Hierbei ist auch zu

beachten, dass die Schwierigkeiten mit dem Reiterverein in das Gesamtpaket einer Lösung gehören. Alle politischen Aussagen zu diesem Thema sind zu messen, an dem finanziell Machbaren.

- Dies gilt im Übrigen auch für die Frage der Gestaltung des Rathausplatzes. Wir haben die Entscheidung zurückgestellt, um in Ruhe in der Sache Einzelschrittrealisierungen zu überdenken. Hierzu gehört auch, ob die Durchführung der Maßnahme zu einer Übernahme der Trägerschaft der Straße durch die Stadt mit Kostenfolgen führt und ob die Stadt, die finanziell unbeweglich geworden ist, mit solchen spektakulären Veränderungen politisch in der Bürgerschaft überzeugen kann.

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, nach den Erfahrungen des letzten Jahres stimmen wir skeptisch dem Haushalt und dem Stellenplan zu.

Die CDU-Fraktion bedankt sich für die geleistete Arbeit.

